

wenn deren Standort in Berlin wäre. Diese Zielstellung findet die Unterstützung unserer Fraktion. Wir verbinden sie mit der Feststellung, daß es mehr denn je darauf ankommt, zur Verwirklichung dieser Ziele Umwelt und Naturschutz ins Bewußtsein der Allgemeinheit zu rücken und engagiertes Mittun zu fördern.

Einst geheime Umweltdaten sind heute nun endlich jedem Bürger zugänglich. Die vergleichsweise erfolgreiche Umweltpolitik der BRD ist auf diese Mitwirkung der Allgemeinheit begründet, die im Kooperationsprinzip, im Umweltrecht ihren Ausdruck findet.

Sollten wir deshalb nicht auch die einvernehmliche Verwirklichung umweltpolitischer Ziele auf dem Wege in die Umweltunion in der Präambel des Rahmengesetzes niederlegen?

Davon ausgehend schlägt unsere Fraktion vor? allen gesellschaftlichen Kräften und Adressaten der Umweltpolitik mit der Einfügung des Kooperationsprinzips in die Präambel ein Zeichen zu setzen, daß ihre Mitsprache und ihr Mittun gebraucht und notwendig sind.

Die Fraktion der DBD/DFD stimmt der Überweisung in die aufgeführten Ausschüsse zu. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bitte jetzt von der Fraktion der CDU/DA den Abgeordneten Dr. Bechstein, das Wort zu nehmen.

Dr. Bechstein (CDU/DA):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die zunehmende Erwärmung der Atmosphäre durch den Treibhauseffekt ist nachgewiesene Tatsache, ebenso die ständige Vergrößerung des Ozonloches. Die Vernichtung der Natur hat für die Menschheit das Ausmaß einer globalen Bedrohung angenommen. Wir bekommen davon einen kleinen lokalen Vorgeschmack durch die Giftalgen im Jasmunder Bodden, die toten Bäume auf dem Kamm des Osterzgebirges oder, wenn wir zufällig Zeuge des Erstickungsanfalles eines Schulkindes im Leipziger Smog werden. Hautausschläge, chronische Bronchitis und dutzende Varianten von Allergien bescheinigen uns täglich, wie drastisch die Vergiftung unserer unmittelbaren Umwelt bereits auf uns selbst zurückfällt.

Ich sehe dafür als eine wesentliche Ursache das zügellose Wachstum der Wirtschaft und der Rüstung in großen Teilen der Welt, demonstriert vor Ort in Form der berüchtigten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED, praktiziert in diesem Lande als maßlose Ausbeutung der Menschen und ihrer Umwelt.

Ein Ziel des Staatsvertrages, festgeschrieben in Artikel 16 Absatz 1, den Schutz der Umwelt zum besonderen Anliegen zu machen, muß auch vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen unserer eigenen Entwicklung gesehen werden. Deshalb kann eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht ohne gleichzeitige Beachtung aller Belange des Schutzes der Menschen und ihrer Umwelt vonstatten gehen.

Die CDU/DA-Fraktion hat die gleichberechtigte Beachtung der Umweltunion von Anfang an gefordert. Wir haben in Gesprächen mit den Umweltministern beider Staaten auf dieses Ziel orientiert, und wir sind sehr froh, daß es jetzt über die Inkraftsetzung des Umweltrahmengesetzes mit dem 1. Juli erreicht wird. Als real denkende Menschen und verantwortliche Politiker wissen wir: Es führt kein Weg hinter den gegenwärtig erreichten Stand der Technik und unseres Zivilisationsniveaus zurück.

Die einzigen Möglichkeiten, die uns noch als Ausweg aus der drohenden Katastrophe bleiben, sind erstens die ständige Vervollkommnung der Umweltschutztechnik und -maßnahmen mit

dem Ziel der vollständigen Vermeidung umweltschädigender Einflüsse aus dem gesamten Wirkungsbereich des Menschen, und zweitens die ständige Verringerung des Verbrauch natürlicher Ressourcen durch die wirksame Kontrolle des Bevölkerungswachstums und die Umkehr von der Konsumgesellschaft hin zur sozial-solidarischen Lebensgemeinschaft.

Ich bin sicher: Dieser zuletzt genannte Punkt wird sehr bald zum gemeinsamen Gesprächsinhalt der europäischen Staaten unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Lösung des Nord-Süd-Konflikts werden. Ein Stück davon können wir jetzt schon verwirklichen, indem wir Solidarität mit denjenigen üben, die sich für den Erhalt der tropischen Urwälder einsetzen, indem wir keine tropischen Hölzer in die DDR importieren.

(Beifall)

Wir haben uns in diesem Hohen Hause aber heute mit den Voraussetzungen für die erstgenannten Möglichkeiten zu befassen, und dieser Aufgabe stellt sich das vorliegende Umweltrahmengesetz. Mit dem vorliegenden Gesetz verfolgen wir die Absicht, durch Übernahme eines bedeutenden Teils der Umweltgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen für den Aufbau und die Durchführung einer völlig neuen Qualität des Umweltschutzes auf dem Territorium der DDR. Diese Gesetze werden zeitlich gestaffelt in Kraft gesetzt und enthalten unserer Situation angepaßte Regelungen. Sie verkörpern ein hohes Niveau des Umweltschutzes, das ab Inkrafttreten auch bei uns als verbindlich eingeführt wird. Diese Feststellung ist bei mir allerdings nicht nur mit reiner Freude verbunden, sondern auch mit einigen Ängsten. Es muß darauf geachtet werden, daß die eingeführten Gesetze und Verordnungen nicht zum bürokratischen Hemmnis für Investoren werden. Ich brauche Sie nicht darauf hinzuweisen, daß sie dringend erforderliche Erhaltung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Investitionen unsere eigenen Kräfte um ein Vielfaches übersteigen. Es wäre eine schlechte Umweltpolitik, die lediglich dem Selbstzweck diene und die soziale Zusammenhänge nicht oder nicht genügend berücksichtige. Wir gestatten uns deshalb den Hinweis auf einige Probleme:

1. Die Vermeidung von Kompetenzschwierigkeiten erfordert die exakte Zuweisung der Zuständigkeit an die Exekutivorgane, besonders in der Übergangsfrist bis zur Herausbildung arbeitsfähiger Umweltbehörden in den Ländern.

2. Voraussetzungen für die Anwendung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes sind entsprechende Verwaltungsbestimmungen. Da auch in der BRD dieses Gesetz neu ist und noch keine Erfahrungen vorliegen, bestehen hier Bedenken hinsichtlich des ordnungsgemäßen Umgangs damit. Wir teilen den Standpunkt der Liberalen.

3. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, erworbene Altanlagen von der Haftung für übernommene Altlasten freizustellen.

4. Aus der Erfahrung, daß bisherige Abwasserstrafgelder im Staatshaushalt vertrockneten, treten wir für die zweckbestimmte Verwendung der künftig zu entrichtenden Abwasserentgelte für die dringend notwendige Sanierung kommunaler Abwasseranlagen ein.

5. Das Umweltrahmengesetz bezieht sich in seinen Bestimmungen auf das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip. Wir empfehlen, auch das Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung aller Kräfte der Gesellschaft für eine gute Umweltpolitik aufzunehmen und sich zum Kooperationsprinzip im Umweltschutz zu bekennen. Die Fraktion der CDU/DA begrüßt das Umweltrahmengesetz und stimmt seiner Überweisung in die Ausschüsse zu. Danke schön.

(Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bitte jetzt von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Gerlach, das Wort zu nehmen.